

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2803 und 2806.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einlieferung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebengespaltens Konparellspalte ober deren Raum 70 Pf. „Reine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklameweile 8 Pf., Teuerungszuschlag 30 Pf. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Dienstag, den 17. Dezember 1918

Nummer 60

Entlassung des Kriegsministers.

Der zweite Tag der U.- und S.-Räte.

(Vorläufiger Bericht.)

Bei gut besuchtem Hause und voll besetzten Tribünen setzte die Reichskonferenz ihre Verhandlungen über den Bericht des Vollzugsrates fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende unter großer Unruhe der Versammlung mit, daß sich eine Zahl von Delegierten zu einer demokratischen Fraktion zusammengeschlossen habe.

Germann Müller vom Vollzugsrat betont, daß die Mißstimmung gegen den Vollzugsrat erwachsen sei, aus dem Glauben, daß die Mitglieder des Vollzugsrats der Nationalversammlung gegenüber anders stünden als die Regierung. Ein bayerischer Delegierter wandte sich gegen die gestrigen Diebstahl-Demonstrationen, hebt hervor, daß die Rechte des Vollzugsrats nicht so weit ausgedehnt werden dürften, daß dadurch die Tätigkeit der Volksbeauftragten beeinträchtigt würde. Von der U. S. P. wandte sich Genosse Braß-Kemisch gegen die Heße, die man unter dem Schlagwort „Bolschewismus“ gegen die radikalen Sozialisten veranstaltet habe. Seine Ausführungen, die besonders heftige Angriffe gegen die rheinisch-westfälische Bourgeoisie enthalten, werden von den Radikalen mit großem Beifall aufgenommen, namentlich als er die Entwaffnung der Gegentrevolution und die Bildung einer Roten Garde fordert.

Volksbeauftragter Landsberg vertritt in längeren Ausführungen den Standpunkt der Mehrheitssozialisten.

Über den Beginn der Sitzung wird uns weiter berichtet: Leiner eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten. Das Haus ist wieder gut besucht.

Vor. Leiner teilt mit, daß sich eine Demokratische Fraktion gebildet hat (Hört! Hört! und Unruhe). Ich bitte Sie, lassen Sie doch jedem Besinnungsfreiheit.

Das Erledigen einiger geschäftlicher Angelegenheiten wird die Diskussion über den Bericht des Vollzugsrats fortgesetzt.

Germann Müller vom Vollzugsrat stellt dem Vorsitzenden Richard Müller, bezugsnehmend auf die Behauptung bürgerlicher Wähler, er habe sich und seine Familie bereichert, das Zeugnis eines jederzeit hilfsbereiten Genossen aus.

Der wahre Hintergrund zu der Mißstimmung gegen den Vollzugsrat ist die falsche Auffassung, daß er entgegen dem Standpunkt der Regierung gegen die Nationalversammlung sei.

Richard Müller trägt ein groß Teil Schuld davon selbst, denn nur über seine Heiße sollte in der Weg zur Nationalversammlung werden. Er versteht nicht, die politische Verantwortung des Vollzugsrats. Das sei Sache der beiden politischen Parteien.

Dies muß eine klare Meinung sein. (Beifall.) Der wahre Grund für die Verunsicherung, daß die Errungen der Revolution in Gefahr seien. Ist das Parlamentarische System, so wird es die Kraft haben, jede Gegentrevolution mit aller Härte niederzuschlagen. (Stürm. Beifall.)

Es wird ein Antrag gestellt und angenommen, mit Rücksicht auf die umfangreiche Nebenliste sollten die einzelnen Landmännschaften nur einige Redner stellen.

Kielisch-Augsburg: Nach den gestrigen Demonstrationen der Diebstahlmänner kann man es verstehen, daß sie manchmal zu der Ansicht kommen, als hätten sie die Macht. Aber Berlin ist nicht das Kiel (Beifall.) In Bayern sind keine Anhänger sehr dünn gesät. Was berechtigt den Vollzugsrat, sich das Kontrollrecht über die Regierung anzumachen? Selbst Elmer will den Räten unter keinen Umständen die Exekutive einräumen. Sollen die Volksbeauftragten vom Vertrauen des Volkes getragen sein, so bedürfen sie auch der vollständigen Beweglichkeit. Wir können wünschen, daß alles Trennende beiseite gestellt und gemeinsam marschiert wird. (Lebh. Beifall.)

Rabe-Brandenburg: Die Reichseinheit ist durch die Tätigkeit des Vollzugsrates sehr oft in schwere Gefahr gekommen. Diese Gesamtwirtschaft ist ein Verbrechen. Warum hat man nicht eins von den vielen Bureaus des Vollzugsrates mit der Kontrolle der Finanzen beauftragt? Wir haben Gottschling als tüchtigen Kameraden kennen gelernt, auch Veit ist ein ehrenwerter Mann (Beifall), aber warum haben sie nicht für Reformen gesorgt? Wir müssen in der Folge das Vertrauen zu uns selbst gewinnen. (Lebh. Beifall.)

Scheuch geht!

Der Volksbeauftragte Landsberg teilte in der heutigen Vormittagsitzung der Arbeiter- und Soldatenräte mit, daß der Kriegsminister General Scheuch gestern sein Entlassungsgesuch eingereicht habe.

Es wird beantragt, den gestern eingereichten Antrag auf Entwaffnung der Gegentrevolution so zur Diskussion zu stellen, daß der Antragsteller 20 Minuten Redezeit zur Begründung erhält. Der Antrag wird abgelehnt. (Hurra von den Tribünen: Ihr seid Helben! — Ihr habt ja Angst! — Lachen im Hause.)

Braß-Kemisch: Wie stellt sich der Rat der Volksbeauftragten zur Gegentrevolution? Man ließ die Offiziere angeblich auf ihren Posten, um den Rückmarsch der Truppe ordnungsgemäß zu leiten. Sie haben aber die U. und S.-Räte aufgelöst, ihre Bahnen verbrannt und ihre Flugblattverbreiter verprügelt. (Zuruf: Namen nennen!)

Der Friede in Neuföln wieder hergestellt.

Die offizielle Erklärung.

Die am 16. 12. 18 stattgefundene Aussprache, an der teilnahmen:

Die Vertreter des U. und S.-Rates Neuföln, die Vertreter des Vollzugsrates Heller und Risch, der Minister des Innern Dr. Breitscheid, Bürgermeister Dr. Wam, Vertreter des J. R. 64 und Vertreter der S. P. D. Neuföln,

zeigte folgendes Ergebnis:

1. Die Vertreter des U. und S.-Rates Neuföln erklären, daß neue Wahlen zu dem U. und S.-Rat in kürzester Frist, spätestens bis zum 5. Januar 1919 vorgenommen werden. Die Wahlordnung und der Wahlmodus wird durch eine paritätisch von beiden Parteien zu bestellende Kommission festgesetzt. Dieser Kommission wird ein unparteilicher Vorsitzender beigegeben.

2. Der U. und S.-Rat ist bereit, die in die Exekutive der Regierung eingetragenen Verfügungen zurückzunehmen.

3. Den weiteren Tagungen der Stadiverordnetenversammlungen stellt der U. und S.-Rat nichts in den Weg. Im übrigen steht dem U. und S.-Rat das Kontrollrecht zu, wie es in den Richtlinien des Vollzugsrates festgelegt ist.

4. Mit dem 1. Dezember werden die 4 Sitze im Vollzugsrat Neuföln, sowie die 10 Sitze im großen U. und S.-Rat, die bisher von den Urlaubern und Deputierten besetzt waren, an Vertreter vom J. R. 64 abzutreten.

5. Die Vertreter des J. R. 64 erklären: Die Truppen des J. R. 64 werden sofort in ihre Unterkünfte zurückgenommen, ebenso die Soldatenwehr.

Zum Schluß erklärt sich der Minister des Innern, Dr. Breitscheid, bereit, im Sinne der erlassenen Verfügungen des U. und S.-Rates Neuföln nichts unversucht zu lassen, durch unmittelbare Maßnahmen der Regierung zu wirken.

gez. R. Gieseler, G. Schütz, A. Fiedler, Erich Kaeper, S.-Rat der 64er.

(Siehe auch vierte Seite.)

Das Wahlergebnis in Mecklenburg.

Über das Stimmverhältnis in Mecklenburg-Strelitz teilt der „Vorwärts“ noch mit, daß bisher für die Rechtssozialisten 23 591 Stimmen gezählt wurden; Vereinigte Liberale erhielten: 19 002, Frauenbund: 2540, Handwerker: 2223 Stimmen. 1912 entfielen auf die Sozialdemokratie erst 6492 Stimmen, dagegen auf die Reichspartei 7733 und die Nationalliberalen 6999 Stimmen. Die sozialistischen Stimmen stiegen also um 30 Prozent auf etwa 50 Prozent.

Wir denken, das sind sprechende Zahlen. Die Wahlen zur Nationalversammlung können eine sozialistische Mehrheit ergeben und sie werden es ergeben, wenn alle Kraft jetzt für die Agitation eingesetzt wird.

Polnische Ansprüche.

Die polnische Regierung hat nicht nur, wie bereits gemeldet, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, sondern gleichzeitig auch eine Anordnung getroffen, die das Verhältnis zu Deutschland noch besonders verschärfen muß. Sie hat die Wahlen zur polnischen Konstituante ausgeschrieben und dabei auch eine polnische Bevölkerung bewohnten Landesteile vorgesehen. Ausgeschrieben sind Mandate für die Wahlbezirke Karthaus, Allenstein, Thorn, Posen, Gostyn, Oppeln, Neutgen, Stettin, Danzig, Płatom und Reize. — für Gebiete, in denen die polnische Bevölkerung zum Teil nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmacht, während der überwiegende Teil der Einwohnerhaft deutscher Abstammung ist und die deutsche Sprache spricht.

Man will augenscheinlich mit dieser Maßnahme wichtige Friedenssicherungen vorweg nehmen, und will die Ostfragen, ehe noch die allgemeine Friedenskonferenz sich mit ihnen beschäftigen konnte, in einem den großpolnischen Bestrebungen genehmen Sinne erledigen. Wenn die Bevölkerung erheblicher Teile Westpreußens und Schlesiens aufgerufen wird, um am 26. Januar mit zur polnischen Nationalversammlung zu wählen, so bedeutet das nicht viel weniger als die Einverleibung jener Gebiete, eine Annexion, die völlig willkürlich erfolgt.

Im Wilsonschen Friedensprogramm war ausgesprochen, daß diejenigen Teile Preußens, die eine überwiegend polnische Bevölkerung besitzen, an Polen angeschlossen werden sollten. Das setzt voraus, daß zunächst einmal ordnungsgemäß festgestellt wird, welche Bezirke vornehmlich polnischen Charakter tragen, daß in zweifelhaften Fällen vielleicht eine Volksabstimmung über die Wünsche der Bevölkerung entscheidet. Die Art und Weise, wie die polnische Regierung jetzt vorgehen zu müssen glaubt, widerspricht dem Wilsonschen Programm. Sie ist geeignet, Verwirrung anzurichten und die Friedensverhandlungen zu erschweren. Sie fordert entschiedenen Widerspruch heraus, auch wenn man nicht von den deutschen territorialen Interessen ausgeht, sondern internationale Gesichtspunkte entscheiden läßt. Die Eigenmächtigkeit des polnischen Regierungsaktes bedeutet eine Vergeßlichkeit breiter Volksteile in den jetzt von Polen beanspruchten Gebieten, und sie muß dort und auch darüber hinaus Erbitterung wecken — sicherlich nicht die Stimmung, die als Grundlage für den künftigen „Völkerbund“ erstrebt werden muß.

Man wird erwarten können, daß die deutsche Regierung gegen das Vorgehen der polnischen Machthaber Einspruch erhebt und Mittel und Wege suchen wird, um die Entscheidung über die künftige staatliche Angehörigkeit der in Frage kommenden Bezirke der Friedenskonferenz vorzubehalten. Vielleicht darf man hoffen, daß auch die Entente, daß wenigstens Wilson sich gegen die polnische Vorentscheidung wendet und dafür Sorge trägt, daß das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellte Friedensprogramm nicht einseitig interpretiert und nach dieser anscheinbaren Leistung vorzeitig durchgeführt wird.

Gerade diese Möglichkeit — die einzige, die bei den gegebenen Verhältnissen Erfolg verspricht — stört man aber, wenn man das Vorgehen der polnischen Regierung mit einer nationalistischen Heiße beantwortet, wie es ein Teil der bürgerlichen Presse tut. Wenn das „Berliner Tageblatt“ beispielsweise nicht nur die heftigsten Worte zur Beheldung der polnischen Makroel gebraucht, sondern auch von der Regierung fordert, nicht mehr wie bisher „tatenlos“ zuzusehen, sondern „aus diesem flagranten Völkerrechtsbruch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und das Land des deutschen Ostens vor allen weiteren Schritten der Polen zu schützen“, so sind das sehr bedenkliche Wendungen. Noch toller äußert sich der „Berliner Lokalanzeiger“. Er verlanat nicht nur unüberholten Anwendung von Gewalt zur Abwehr der polnischen An-

Brüche, er entrückte sich auch aufs höchste über die Tatsache, daß zur Zeit noch von Vertretern der preussischen Regierung mit Wolen verhandelt werde. Anknüpfend an die Tatsache, daß der Minister Sirch und der Unterstaatssekretär v. Gerlach sich zur Zeit in Wolen befinden, um sich über die Frage des „Selbstmord Ost“ mit den dortigen Wolen zu besprechen, schreibt dieses militärische Organ: „Mit erklärten Feinden des Reiches verhandeln diese preussischen Minister über den Schut unserer Ostatenen! Wir möchten glauben, daß, wie die Dinae liegen, der Kriegsminister, und nicht der Minister des Innern lebt in der Provinz Wolen nach dem Rechten sehen müßten.“

Nichts wäre gefährlicher, als jetzt wieder die Parole der Gewaltpolitik aufzunehmen! Ganz abgesehen davon, daß wir kaum instände sein würden, noch eine militärische Aktion im Sinne der nationalitätlichen Prozessmacher durchzuführen, — eine solche Parole müßte vor allem auch innerpolitisch verwirrend wirken und der Gegenrevolution zugute kommen, und sie würde vor allen Dingen das erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen, was am ehesten Klärung und Sicherung schaffen könnte, nämlich eine Mitwirkung der Alliierten bei der Abwehr der polnischen Ansprüche.

Die große Mehrheit des Volkes will kein neues Blutvergießen, keine neue Kriegspropaganda. Das deutsche Volk will den Frieden. Weil das Vorzeichen der polnischen Regierung geeignet ist, die friedliche Lösung der heutigen verhängenen Situation zu erschweren, deshalb vor allem verurteilt das deutsche Volk diese Herausforderung. Es muß aber auch alles beurteilen, doppelt und dreifach scharf beurteilen, was nur von deutscher Seite versucht oder unternommen wird, die Gemüter nationalistisch zu erhitzen und es zu kriegerischen Konflikten zu treiben.

Der „Vorwärts“ gegen den Vollzugsrat.

Jedem, dem es ernst ist mit der Erhaltung und Sicherung der Revolution, muß die Schamröte ins Gesicht steigen beim Anblick der unverständigen Angriffe, die sich der „Vorwärts“ tagen, tagaus gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten und den sie stützenden Proletariatsmassen herausnimmt. Immer deutlicher zeigt er, daß die A- und S-Räte für ihn eine ebenso unliebsame Erscheinung sind wie streifende oder demonstrierende Proletariatsmassen, und daß die Quintessenz einer revolutionären Politik für ihn und seine Partei nach wie vor die weiße Wahlstrategie vom stillen Kämmerlein aus unter Ausschaltung jeder Massenbewegung besteht.

Vorläufige nicht der „Vorwärts“ freilich die günstige Stellung aus, die seine Partei durch ihre Erfolge bei den Delegiertenversammlungen zum Zentralrat errungen hat. Er aleicht hierbei jenem Manne, von dem es noch einem drastischen Volkspruch heißt: „Näht du das Schwert an den Tisch, so streckt es sofort alle vier Beine darauf.“ Bei der Ausübung einer vorübergehenden errungenen Machtposition ist bekanntlich niemand anmaßender als derjenige, der sich gestern noch demutsvoll vor der Weisheit des Herrn duckte oder sich ängstlich im Hintergrunde hielt, als fremde Häupte den Herrn niederschlugen.

Als ein solcher Parvenü seiner eingebildeten Macht tritt der „Vorwärts“ in seinem heutigen Leitartikel auch dem Berliner Vollzugsrat entgegen. „Die ganze Geschichte des Vollzugsrates — streift er — ist eine Geschichte von Strzungen, Wirrungen, Abenteuer, übereilten Verfügungen, Rücknahme dieser Verfügungen, eine Kette von peinlichen Zwischenfällen.“ Diese Behauptung ist eine glatte Verleumdung. Aber wenn sie auch keine wäre, trüge die Partei des „Vorwärts“ die Verantwortung dafür, denn die Mehrheit des Berliner Vollzugsrates bestand dank den Machinationen bei der Wahl am 10. November nicht aus Unabhängigen, sondern aus Mehrheitslern oder aus solchen, die mit ihnen durch die und dünn gingen.

Vergessen sei hierbei nicht, daß der „Vorwärts“ es war, der mit allen Kräften bemüht war, die Arbeit des

Vollzugsrats zu hemmen und zu diskreditieren. Er war es, der den Hofrichterschen Schwindel von den 800 Millionen in die Welt setzte. Er war, wie wir heute früh nach den Feststellungen der „Frankfurter Zeitung“ nachweisen, der Hauptschuldige bei der lignerischen Hebe wegen der angeblichen Nichtanerkennung der A- und S-Räte durch die Entente. Er ist auch heute der Förderer aller Bestrebungen, die sich gegen die A- und S-Räte richten und die Einheit der proletarischen Aktion stören. Solange der „Vorwärts“, getreu den Ueberlieferungen seiner verräterischen Kriegspolitik, das unterhöhlen wird, was der revolutionäre Massenwille des Proletariats geschaffen hat, wird kein ehrlicher Arbeiter den Deklamationen der Mehrheitspartei Glauben schenken, daß sie die Einigkeit und nur die Einigkeit des deutschen Proletariats anstrebe.

Internierung der Armee Madajen.

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau verbreitet die Meldung, daß Generalfeldmarschall v. Madajen nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Karolyi sich mit Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der deutschen Regierung damit einverstanden erklärt habe, daß seine Armee die Waffen niederlege. Er selbst habe sich mit seinem Stabe in Jost einquartiert und angeordnet, daß er seinerseits als Leichter Ungarn zu verlassen wünsche, erst dann, wenn sämtliche deutschen Soldaten bereits heimgekehrt sein werden.

Militärische Unverkorenheiten.

Dieses Kapitel kann wiederum durch Vorfälle, die sich am Montag in der Kaserne der Garde-Kürassiere abspielten, ergänzt werden. Der Soldatenrat der Ersatz-Flabdon, der seit dem 8. November die Geschäfte der Ersatz-Flabdon in vorbildlicher Weise geführt hat, wurde durch Regimentsbefehl als abgesetzt erklärt und wandte sich deshalb an die Soldatenräte der Garde-Infanterie, Garde-Kavallerie und an den Soldatenrat der Volks-Marine-Division. Zusammen mit Mitgliedern des 58er Ausschusses der Marine wurde in einer Versammlung im Kasino der Augustiner eine neunköpfige Kommission gewählt, um die Herren Offiziere des Regiments dahingehend zu belehren, daß es nicht ihre Sache sei, in die Befehlsgewalt der Soldatenräte einzugreifen. Der Kommandeur des Infanterieregiments Freiherr von Landsberg erklärte in den sachlichen Verhandlungen, daß er seinen Befehl auf Grund der ihm von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gegebenen Anweisungen erlassen hätte.

Zur Klärung dieser Angelegenheit begab sich die Kommission mit den Offizieren zum Volksbeauftragten Ebert. Der entschied, daß der Soldatenrat bis zur endgültigen Entscheidung der Angelegenheit durch das Kabinett weiter die Befehlsgewalt für die Ersatz-Flabdon verleihe. Diese Entscheidung ist für die gesamten Soldatenräte der Berliner Garnison von Wichtigkeit. Einwändiger ist, daß bei diesen durchaus sachlich verlaufenen Verhandlungen ein Mittelmeister des Regiments mit Namen Freiherr von Eckstein eine sehr traurige Rolle spielte, indem er der Kommission der Soldatenräte drohte, sie mit der Wache aus der Kaserne zwangsweise herauszuführen zu lassen. Derselbe Herr hat beim Einmarsch des Regiments befohlen, daß die Kapelle die Nationalhymne spielen mußte, trotzdem sich der Soldatenrat und die Kapelle weigerte. Ferner hat er einen Kameraden des Soldatenrats mit dem Revolver in der Hand gesungen, seinem Befehl zu gehorchen.

Es ist an der Zeit, daß diesen Elementen gründlich das Handwerk gelegt wird. Die aktiven Offiziere müssen möglichst schnell demobilisiert werden.

Offiziers-Provokationen.

Kürnberg, 16. Dezember. Wie der „Frankfurter Kurier“ berichtet, versammelten sich heute vormittag im Hofe der Regimentskaserne die aus dem Felde zurückgekehrten Mannschaften des 14. Infanterie-Regiments zu einem feierlichen Akt. Nach den hierbei gehaltenen Reden zweier Offiziere wurde das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ angesetzt. Als darauf der Gemeindevorstand Giermann

im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates sprechen begann, wurde er durch Widerspruch unterbrochen. Giermann mußte schließlich auf die Fortsetzung seiner Ansprache verzichten.

Unruhen in Danzig.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht eine Meldung, in der es heißt: In Danzig wurden in der Sonntagsnacht die auf dem Bahnhofsgebäude wohnenden roten Fahnen entfernt und durch schwarz-weiß-rote Fahnen ersetzt. Infolgedessen zogen sich heute zahlreiche Arbeiter zusammen und hoben die schwarz-weiß-rotten Fahnen vom Bahnhofsgebäude wieder herunter, ebenso eine größere Anzahl Fahnen in den Reichsflächen in den anderen Teilen der Stadt, die mit Maschinen gewehren durchsucht wurden. Ein Zug erschien in der „Danziger Zeitung“, von der Forderungen erhoben wurden, die man jedoch unter Hinweis auf die Pressefreiheit ablehnte. Schließlich wurden von der Menge drei Militärgefängnisse geöffnet und eine große Anzahl Geangener befreit. Es wurde viel geschossen, doch scheint es ohne Tote und Verwundete abgegangen zu sein.

Man sieht der Meldung an, daß sie von bürgerlicher Seite stammt. Man wird sie also mit Vorsicht aufnehmen und weitere Mitteilungen abwarten müssen.

Ein nettes „Vorwärts“-Stückchen.

Der Volksmarinerat von Groß-Berlin schreibt uns: Der „Vorwärts“ bringt in seiner Abendausgabe vom 18. Dezember eine Meldung, wonach bei den Angehörigen der Volks-Marine-Division der Wunsch besteht, jetzt, nachdem die Truppen aus der Front zurückgekehrt sind, nach Hause entlassen zu werden. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Der „Vorwärts“ war auch nicht berechtigt, im Namen der Volks-Marine-Division zu sprechen. Auf Grund des Pressegesetzes hat die Volks-Marine-Division die Redaktion des „Vorwärts“ ersucht, eine Verichtigung zu bringen.

Die Volks-Marine-Division, deren Angehörige 60 Prozent Berliner organisierte Arbeiter sind, hält es im Gegenteil für notwendig, vorläufig noch zu bleiben, um wachsamem Auge jeder Bewegung entgegenzutreten, die die Früchte der Revolution gefährden könnten.

Wir möchten dazu bemerken, daß die revolutionäre Zuverlässigkeit der Marine allen offenen und versteckten Gegnern der Revolution ein Dorn im Auge ist. Von diesen ging das Verlangen aus, die Marine jetzt schleunigst zu entlassen. Der „Vorwärts“ aber, statt dieses Verlangens entgegenzutreten, fördert es noch!

Ein schäbiger Denunziant.

Dem Braunschweiger „Volkstreue“ ist ein Schriftstück zugeflogen, das bei der Durchsichtung der Akten des Garnisonkommandos aufgefunden wurde und folgenden Wortlaut hat: Braunschweig, den 6. 4. 16.

An das Reg. Garnisonkommando, hier.

Der ergebene Unterzeichnete stellt sich genötigt, folgende Mitteilungen zur gefl. Nachprüfung zu unterbreiten:

Dem Garnisonkommando wird es bekannt sein, daß die politische Redaktion des hiesigen „Volkstreue“ in den Händen des Dr. Thalheimer liegt und der durch seine von vielen Arbeitern bereits als unheilvoll empfundene Tätigkeit das Blatt sowie das Unternehmen in schwere Gefahr gebracht hat. Thalheimer ist zum Militär ausgehoben, hat aber auf Reklamation U. a. a. u. b. bekommen. Um nun von der Dienstpflicht befreit zu werden, hat er sich mit dem Vorsitzenden der Allg. Ortskrankenkasse, dem Geschäftsführer des Brauerverbandes hier, M. Müller, ins Benehmen gesetzt, der ihm einen Arzt auswies, mit dem die Kasse sonst zu arbeiten pflegt. Wenn ich recht unterrichtet bin, handelt es sich um den im Lazarett Giesmarodestraße tätigen Arzt Dr. ... Bei diesem oder bei einem anderen Kasernenarzt ist am Dienstag vormittag Thalheimer gewesen, um sich untersuchen zu lassen. Die Vermutung, daß hier eine unzulässige Scheidung versucht wird, liegt um so näher, als der genannte Müller für sich bereits ein Attest von diesem Arzt hat, das auf Scheidungsdiens in der Garnison lautet, während Müller zum Garnisondienst bestimmt wurde und auch sonst ganz munter erscheint.

Da Thalheimer um jeden Preis aus Anlaß der Parteipaltung seine der Fraktionsmehrheit entgegengesetzte Arbeiten fortsetzen möchte und auch den demnach in Holland tagenden internationalen So-

Die Konkurrenten.

Von Kabinowitsch

Aus dem Jiddischen von Stefania Goldberg

Wo das größte Gedränge herrschte und die Leute sich um einen Kupsestisch schlugen, dort fehlten die beiden niemals: Er, schwarzhaarig, ergaust und gekrümmt, mit einem Star am Auge, sie — eine dünne, podennarbige Person mit rotem Haar. Beide in Lumpenkleidern, gelblichen Schuhen, beide dieselbe Ware feilbietend, die sie in einem Korb am Arm trugen. Er hatte Striegel, harte Eier, Blöcken mit Seltenerwasser und Apfelsinen in seinem Korb, sie in dem ihren ebenfalls Striegel, harte Eier, Seltenerwasser und Apfelsinen. Manchmal hatte er noch schwarze Kirichen und Weintrauben, unfehlbar kam auch sie sodann mit Kirichen und sauren Weintrauben an.

Merkwürdigerweise stellten die beiden sich stets in derselben Minute ein, drängten sich in dasselbe Coupé und redeten dieselben Worte, er weich und gerlossen, als ob er keine Zunge im Munde hätte, sie stieß dagegen mit der Zunge an.

Man glaube aber nicht etwa, daß sie sich gegenseitig die Preise hocharbeiten, Gott bewahre! Ihre Konkurrenz bestand einzig und allein darin, wer das größere Mißleid beim Publikum zu wecken verstand. Er hatte fünf verwaltete Kinder, sie — ebenfalls. Beide hielten den Leuten die Ware vor die Nase und redeten so lange auf sie ein, bis man ihnen etwas abkaufte. Die weißen Käufer wollten beiden etwas zu verdienen geben, da das Jammern und Betteln sie ganz verwirrte. Aber das ließen die klugen Händler nicht zu.

„Wenn Sie etwas kaufen wollen, mein Herr, dann entschließen Sie sich für einen! Auf zwei Hochzeiten kann man nicht tanzen!“ riefen beide durcheinander.

In einem regnerischen Herbsttag wimmelte der Bahnhof von aufgeregt hin und her rennenden, hastenden Menschen. Die Juden waren wie immer am stärksten und bestärksten mit ihren Handtaschen und Bündeln die Straße. Ein unerhörtes Geschrei und Geleise schwirrte durcheinander. Am größten Gedränge tauchten immer die beiden Händler auf, — beide mit schwarzen beladen. Beide drängten sich durch dieselbe Lücke in dasselbe Coupé. Doch plötzlich ... was ist geschehen? ... Beide Körbe liegen auf der Erde. Striegel, Eier, Blöcken mit Seltenerwasser, Apfelsinen und Kirichen — alles wälgt sich im Schmutz! Ein wildes Geschrei und Getreisel, Schelten und Flüchvermischen sich mit dem Gelächter der Schaffner ... und den Rufen der Reisenden. Die Glode ertönt,

die Pfeife schrillt, noch eine Minute — und der Zug setzt sich in Bewegung.

Im Anstöße schloßerten die Stimmen durcheinander. Man konnte nur einzelne Sätze verstehen:

- „Schöne Proternte!“
- „Ein Eierpogrom!“
- „Was haben ihm die Apfelsinen getan!“
- „Was fangen die Leute noch fremden Unglück! — Judenfeinde!“
- „Wie hoch schätzen Sie den Schaden?“
- „Es geschieht ihnen ganz recht! Warum drängen sie immer so!“
- „Was sollen sie tun, die armen Teufel, sie wollen doch Geld verdienen!“

Räuslich bestimmten die Stimmen. Die podennarbige Frau mit den rotgeweineten, verschwollenen Augen drängte sich mit ihrem leeren Korb durch die Menge, sah sich nach einem Platte um, schleppte den Korb mit dem Boden nach oben, setzte sich darauf und meinte still vor sich hin, die roten Augen mit dem gerissenen Rappdruck bededend.

In dem Schweigen ließ sich eine Stimme bemerkbar: „Es muß etwas unternommen werden!“ Der Vorstoß ging von einem merkwürdig aussehenden Subjekt mit einer hiden, fleischigen Nase und blauer Brille aus. Er nahm seine Nähe vom Kopf, warf ein paar Silbermünzen hinein, ging von einem Passagier zum anderen und wächte mit seiner Stimme:

- „Geht, jüdische Kinder, soviel jeder kann!“
- „Dald hätte man Silber- und Kupfermünzen hingeworfen; auch ein russischer Bauer mit hohen Schafstiefeln und silberner Kette um den Hals warf ein Geldstück hinein, indem er sich gähmend betrug.“
- „Nur ein junger Mann, dessen volles Gesicht von einem gelben, kurzen Bart umrahmt war, beteiligte sich nicht an der Sammlung. Er war ein „Hortgeschreibener“, aus reichem Hause, reich bekehrter, aber genau. Er weiste dritter Klasse, um zu sparen.“
- „Junger Mann, wollen Sie nicht auch etwas geben?“ fragte ihn der Mann mit der blauen Brille und der Kartoffelnase.
- „Nein, ich gebe nichts!“
- „Warum nicht?“
- „Aus Prinzip.“
- „Das habe ich mir gleich gedacht.“ Man erkannte an den Waden, wie die Zähne knaden.“ heißt es bei uns.
- Der junge Mann wurde feuerrot, der Anreißer fiel ihm von der Nase, er sah den Mann mit der Kartoffelnase an.

„Sie sind ein Grubian! Ein Ignorant! Und frech und aufdringlich obenbrein!“

„Aber ich gebe mich, wie ich bin“, erwiderte ihm der Mann mit seiner tiefen Bassstimme. Dann wandte er sich zu der Frau mit den geschwollenen Augen.

„Mütterchen, müde! Sie nicht aufhören zu weinen! Ihr verberbt Euch Eure schönen Augen! Halte Eure beiden Hände her, nehmt das bißchen Kleingeld ...“

Eine seltsame Frau. Ich glaube, sie würde vor Seligkeit vergehen, wenn sie so viel Geld erblickte. Aber nicht die Spur. Statt Dankesworte zu sagen, begann sie zu fluchen. Eine Flut von Schimpfwörtern ergoß sich aus ihrem Mund:

„Er hat alle Schuld! Dals und Wein soll er brechen! Das ganze Unglück hat er angerichtet! In die Erde soll er kommen, gütiger Vater! Nicht erleben soll er, nach Hause zu kommen! Cholera, Feuer, Ueberflutungen über ihn! Zu den Rekruten sollen sie ihn nehmen! Seine Eingeweide sollen ihm zusammenschrumpfen!“

Wo nahm die Frau nur alle Flüche her! Ein Glück, daß der Mann mit der blauen Brille sie unterbrach. „Genug der Segensprüche, liebe Frau. . . Sagt lieber, was wollten die Schaffner von Euch?“

Die Frau erhob ihre geschwollenen Augen zu ihm. „Er hat doch das Unglück verschuldet! Der Schlag soll ihn treffen! Er hatte Angst, daß ich ihm die Kunden fortichnappe, da drängte er sich ins Kupse. Ich wollte ihm zuwarfommen, da sah er den Korb von unten und versperrte mir den Weg. Da fing ich an zu schreien, da gab der Schaffner dem Schaffner ein Zeichen. — da schütteten die Schaffner unsere beiden Körbe in den Schmutz. . . Ihre Knochen sollen zu Staub zerstückelt werden! Wahrhaftig, Ihre Knut mir glauben, solange ich mit meiner Ware handle und auf dieser Straße fahre, hat mir noch keiner etwas getan. Nicht den geringsten Schaden hat man mir zugefügt! Meint Ihr, aus gutem Herzen? Es kostet mich genug! Was muß ich an Bier und Striegeln auf jeder Station verschenden! Vom Gerichten bis zum Obersten — jedem — muß man den Mund vollstopfen! Naum, daß der Tag beginnt, fängt man an zu verschenden. . . Der Oberschaffner nimmt sich sein Frühstück allein, auf was er gerade Appetit hat. Den anderen teilt man die Nation aus: dem einen Semmel, jenem ein Ei oder eine Apfelsine. Denkt Ihr, der Heizer verlangt nicht auch sein Frühstück? Geht ich ihm nichts, dann zeigt er mich beim Schaffner an. . . er weicht nicht, der Gouner, daß der Schaffner auch gelaugt ist. Der bekommt jeden Sonntag eine Portion Apfelsinen, die schönsten und größten.“

starren Kongress besuchen will, so liegt die Verantwortung nahe, daß hier eine Druckbergerlei versucht wird.

Ergebnis

Otto May, Redakteur, Hohenstr. 8.

Hier benutzte also ein Redakteur die unabhängige internationale Gesinnung seines Kollegen. Aber es ist etwa kein Alibi, kein Vorwand der Schwereindustrialie bezahlter Agent, der dieses schmutzige Schriftstück an das Garnisonkommando schickte, sondern ein langjähriger sozialdemokratischer Redakteur Scheidemannscher Richtung. Um die Kriegspolitik seiner Partei, der abhängigen, nicht zu gefährden, wird er zum schäblichsten Demagogen! Der „Braunschweiger Volksfreund“ hat ganz recht, wenn er zu diesem Lumpenstreich eines „Sozialdemokraten“ schreibt, daß es gut war, daß zwischen uns und diesen Elementen eine reinliche Scheidung stattgefunden hat.

Lebensmittel für Deutschland.

Rotterdam, 16. Dezember. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt „Daily News“ in einem Leitartikel, es sei keine, daß bisher nicht getan worden sei, um Lebensmittel durch die Kofakabelle hindurchzulassen. Die Forderung nach völliger Aufhebung der Blockade könne nicht durchführbar sein, und der Lebensmittelrat der Alliierten werde noch immer die Kontrolle über die Vorräte ausüben müssen, aber es sei von größter Bedeutung, daß mit der Rationierung Deutschlands sogleich begonnen werde. Die Maschinen für die Rationierung der Lebensmittel, deren Mitglieder sie nach Rationierung des Friedens werden könnten, einladen. Alle Verzögerungen und das Gerede über eine unumgängliche Schonenvergütung seien nur dazu geeignet, in Deutschland einen Zustand herbeizuführen, der für die Alliierten nicht weniger verhängnisvoll sein würde, wie für die Deutschen selbst.

Auch Manchester Guardian verlangt eine Milderung der Blockade.

Wilson in Frankreich.

Bern, 17. Dezember. Die französische Presse bezieht sich hauptsächlich mit den zwischen Poincaré und Wilson geschlossenen Traktaten und hebt übereinstimmend, wie Cadoux schon mitteilte, hervor, daß die amerikanisch-französische Einigkeit fester als je gesichert sei und völlige Uebereinstimmung zwischen Wilson und Poincaré herrsche. „Temp“ bekräftigt das ganz besonders und bemerkt:

Nach Wilsons und Poincarés Ansichten könne eine Liga der Nationen nur in zwei Stufen gebildet werden. Zuerst müßten die Ententeländer und die Vereinigten Staaten die Festigkeit der freundschaftlichen Beziehungen und die Gewähr gegen neue Kriege herbeiführen. Dann erst werde man Deutschland miteinbringen können, in welcher Weise es in die Liga der Nationen aufgenommen werden könne. Das werde in erster Linie von den Deutschen selbst abhängen. Sie müßten beweisen, daß sie die neue Weltordnung aufrichtig annehmen. Bis jetzt sei es nicht gestattet, ihnen ein Neuzugnis auszustellen.

„Journal des Débats“ erklärt unter gewissen Einschränkungen zu Wilsons Friedenspolitik, daß Wilson von Frankreich eine Sicherstellung des Dauerfriedens erwarte, und daß Wilsons Tätigkeit von großem Nutzen für Frankreich sei.

Gen. Cahin hebt in der „Humanité“ hervor, daß zwischen beiden Traktaten große Unterschiede bestehen. Während Poincaré von der Liga der Nationen unter Vermittlung des Aussprechens des Wortes selbst nur im Vorübergehen sprach und erklärte, daß die künftige Allianz der Nationen ausschließlich die kriegsführenden Mächte der Entente umfassen müsse, den übrigen auch sagte, daß dieser Krieg seiner Ansicht nach der letzte sei, war Wilsons Antwort über diesen Kardinalpunkt klar und feil. Wilson habe daran erinnert, daß der Krieg gewonnen werden mußte, damit der künftige Weltfrieden gesichert sei, daß außerdem eine Grundlage für die Arbeit und das Glück der zahlreichen Völker und Nationen, die am Kriege teilgenommen hätten, gelegt werden müsse, welche

nach dem Sturz des Absolutismus und des Militarismus an einem dauerhaften Frieden mitzuwirken beizugehen sein würden. In diesem ungeheuren Werke, so schließt Cahin, müssen wir gemeinsam und gläubig arbeiten.

Die Ermordung des portugiesischen Präsidenten.

Lissabon, 16. Dezember. Von der Ermordung des Präsidenten Paes werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Präsident wurde am Eingang des Bahnhofs durch zwei Schüsse in Lunge und Leber getroffen und erhielt tödliche Verletzungen. Er wurde dann sofort in das Spital gebracht, wo er um 3 Uhr verschied. Der schwer verwundete Mörder sowie ein Mitgeschuldiger wurden verhaftet. In der Stadt herrschte große Aufregung. Der Bruder des Präsidenten, Antonio Paes, wurde durch einen Schuß verwundet. Man glaubt, der Mörder gehöre der jung-republikanischen Vereinigung an. Der ihn begleitende Mitgeschuldige mußte gegen die Wut des Volkes geschützt werden. Die beiden Mörder wurden sofort zusammengeschossen und das Amtsblatt veröffentlichte eine Proklamation, daß das Kabinett unter dem Vorsitz von Castro die Regierung weiter führen werde.

Wucher.

G. Lloyd George soll in einer Rede in Bristol Deutschland eine Riesenrechnung präsentiert haben. Man muß nicht alles glauben, was gesunken wird. Denn es wird unsagbar gelogen; noch niemals ist soviel Luft geschwindelt worden wie in den letzten Wochen. Aber ausgeschlossen ist die Forderung nicht. Sie würde zu der imperialistischen Ueberhöhung passen, von der augenblicklich die Ententevorsitzenden und ihre Geschäftsgenossen besessen sind. Lloyd George hat von 24 Milliarden Pfund Sterling, also von 480 Milliarden Mark nach dem alten Währungsverhältnis, gesprochen. Man weiß nicht, ob er die ganze Summe von uns verlangt, aber er will bis an die Grenze der Zahlungsmöglichkeit gehen. Diese Grenze würde allerdings weit unter 480 Milliarden Mark liegen, denn 480 Milliarden Mark kann das deutsche Volk nicht bezahlen. 480 Milliarden Mark können wir auch nicht langfristig abzahlen, denn eine dauernde Belastung mit Milliardenraten würde das deutsche Volk zu einem Arbeiterheer, zu einem Fronheer der Entente machen.

Auch die Hälfte wäre eine Unmöglichkeit. Nicht nur eine Unmöglichkeit für uns, sondern auch für die Entente. Wie sollte die Zahlung erfolgen? Wir können nur zahlen, wenn wir entsprechend produzieren und verkaufen. Denn ohne genügende Gütermengen gibt es keine genügenden Zahlungswerte. Wir müßten unheimlich exportieren. Aber Lloyd George will ja die Ueberflutung der Entente-Märkte, speziell des englischen Marktes, mit deutschen Waren vermeiden. Er will im Sinne des Pariser Wirtschaftsprogramms die deutsche Weltmarktkonkurrenz lähmen. Läßt man uns aber nicht unheimlich exportieren, so bekommt man auch keine Riesensummen von uns. Lloyd George steht also vor der Alternative: Milliardenzahlung ohne energischen deutschen Export oder Milliardenzahlung auf Grund energischen deutschen Exports. Beides ist undurchführbar. Ohne Export überhaupt keine Bezahlung nach dem Wunsche Lloyd Georges und mit einem riesenhaften deutschen Export Zahlung auf Kosten der englischen Wirtschaft. Die Entente möchte, daß ist gewiß, das deutsche Wirtschaftsgebiet nicht deckeln. Sie möchte mehr liefern als beziehen und sich hüten, Deutschland zum einseitigen Exportlande zu machen. Früher lieferte ein Land, um von einem anderen Lande zu kaufen. Wir würden liefern, um unsere Schulden zu bezahlen. Das wäre ein Zustand, gegen den sich bald die englische Wirtschaft und auch die englische Arbeiterschaft wenden würde. Es ist unmöglich, ein großes Wirtschaftskulturland durch Fabelforderungen zu knechten. Dadurch verdirbt man sich die Rumpfschaft, ganz abgesehen davon, daß man sich noch manches andere verdirbt.

Wie kommt übrigens Lloyd George zu den 480 Milliarden? Er hält sich offensichtlich an deutsche Statistiken. Unsere Kriegstatistiken haben der ganzen Welt vorgebetet, der Krieg hätte das deutsche „Nationalvermögen“ erheblich gesteigert. Diesen Irrtum haben die meisten geglaubt. Danach brauchte man in Zu-

kunft nur Kriege zu veranstalten, um reicher zu werden. Je länger ein Krieg dauerte, um so wohlhabender würden die kriegsführenden Länder werden. Mit einem derartigen Irrtum hat man das Volk gepöppelt und Lloyd George benutzt ihn zur Präsentation einer Wucherrechnung. Das deutsche Volk paupert sich seit 51 Monaten sich selbst an und jene Fieberphantasien behaupten, es wäre reicher geworden. Diese Ruchführung rächt sich jetzt. Abnunglose, Simpel und Mittläufer haben das wirklich geglaubt. Sie haben die blödsinnige Vermögensvermehrung, die Reichweite ist Arbeit, Arbeit ist Reichtum. Ein Volk, dem man 51 Monate 10 Millionen kräftige Arbeitsmenschen für unproduktive Dinge entzieht, kann nur ärmer werden.

Der Krieg ist der Erzfeind des Volkereichtums. Wie diese Phantasie jetzt verschwindet, so wird auch die Entente-Phantasie verschwinden und Lloyd George mit seinen Anhängern werden sich auf die Möglichkeiten besinnen. Auch auf die Preisermäßigungen, denn es darf nicht sein, daß uns die Einfuhr zu Wucherpreisen berechnet wird. Wir wollen Preisabbau, die ganze Welt braucht Preisabbau und die Arbeiter sollten auf diesen Abbau hinarbeiten. Internationalisierung der Preise, das ist eine Forderung, die erfüllt werden muß. Die Arbeiterschaft wird nicht dulden, daß ein Land zugunsten der Geschäftsimperialisten anderer Länder ausgepöppelt wird.

Nachdem der Wucher nach oben nicht mehr so ausfichtreich ist wie im Kriege, hat der Wucher nach unten begonnen. Die Baiffe-Leute sind an der Arbeit, die Ramscher, die Figer, die Geier, die aus dem Wind, aus der Sanierung, aus der Vermirung, Kapital schlagen. Wie Rothschild nach der Schlacht bei Waterloo. Dieser Herr der Figer hatte sich durch Wind und Wellen nach London geschlagen. Er hatte mit Kalkulationsaugen die Schlacht angesehen und kam als erster Reporter des Ereignisses nach London. Welch von der Reiseanstrengung lehnte er an einer Würfelfaule und alle Spekulanten fragten anlässlich: Haben wir die Schlacht verloren? Rothschild hielt den Mund, warnte das Stützgeschmeiß und ließ die Kurse purzeln. Penturum ramsche er die entwerteten Papiere ein und nachdem er genug reingerauscht hatte, ergab er den dem Waffenerfolg. Die Kurse stürzten, sprangen, Rothschild verkaufte den Markt und ging mit einem hohen Millionenloos stolz von der Börse.

Dieses Geldstückchen ist sozusagen die Bibel der Figer. Sie sind jetzt dabei, wie Rothschild heringuramschen. Sie ramschen Waren, Dividendenpapiere, Kriegsanleihen und viele von ihnen haben Hunderttausende, auch Millionen verdient. Diese Entwertungsspekulanten sind ebenso schädlich wie die Einzelhändler, die die Kurse und Preise nach oben gejagt haben. Man muß sie brandmarken, man muß ihnen das Handwerk legen. Sie sind wie jene Bankrottensieger zu Beginn des ersten Weltkrieges, die durch Branden die Rauben und Furchtsamen veranlaßten, Hundertmarknoten für 50 Mark Gold wegzugeben. Es ist die höchste Zeit, daß die verbecherische Agiotage aufhört.

Man hat allerlei Leute erlirbt, Leute, die Gesinnungs-Geld und Güterwucher getrieben haben. Hat man schon an die Wucheranwälte gedacht, die während des Krieges jeden Preisdruck verteidigten, wenn nur Geld rausprang? Die ein Geschäft aus der Lückenhaftigkeit der Bundesratsverordnung machen? Die als Rechtsvertefender begannen, kann aber systematisch Riesenhonoreare aus dem Schmutz schöpften? Das war eine able Sache. Es heißt ja, daß der Anwalt alles und alle verteidigen müsse. Das muß er nicht, freiwillig muß er das nicht, er hat die Wahl. Und wenn er Sauberheitsgefühl hat, so nimmt er nicht jeden Antrag an. Das ist überhaupt eine reformbedürftige Angelegenheit. Kapital gegen Recht, freigeschicktes Kapital gegen unterliegendes Recht, so war es früher. Die Großbank hielt durch, während dem Pörscher der Atem anging. Behe dem, der einen Prozeß mit dem gähen Großkapital zu führen hatte. Er verlor, weil er die Kosten der langfristigen Sache nicht aufbringen konnte, weil er nicht imstande war, die Verteilungshonoreare zu bezahlen, die der Großkapitalist ohne Wimperzuden geben konnte. Die Rechtsvertefchung darf nicht vom Portemonnaie abhängen, sie muß objektiv sein. Der Rechtsgötter dürfen nicht die Augen verbunden sein, damit sie das Recht nicht sieht.

„Mütterchen“, unterbrach sie der Mann mit der blauen Brille. „Soweit ich die Geschäfte beurteilen kann, müßt Ihr im Grunde sitzen!“

„Was reden Sie“, erwiderte die Frau, als ob sie sich recht fertigen wollte, „es reicht kaum, die Kosten zu decken, manchmal legt man noch Geld zu. Haut und Knochen feigt man zu!“

„Warum betreibt Ihr denn das Geschäft?“

„Was soll ich machen? Stehlen? Ich habe doch fünf Kinder. Ich selbst eine kranke Frau. . . Alles hat er vernichtet, das Geschäft begraben. — Ich möchte ich so begraben! Solches Geschäft! Solch feines, gutes Geschäft!“

„Ein gutes Geschäft?“

„Ein goldenes Geschäft! Man verdient seinen Lebensunterhalt ausgezeichnet!“

„Ihr sagtet doch vorher, Mütterchen, daß Ihr zu dem Geschäft Geld zulegt!“

„Und was meinen Sie? Die soll man verdienen, wenn man mehr als die Hälfte an die Schaffner abgeben muß! Ich möchte ja sonst einen Goldbrunnen haben! Müßt das Geld wehnen!“

„Nicht verlor der Mann mit der Kartoffelnose und der blauen Brille die Geduld.“

„Ihr müßt mich zum Karren, Mütterchen!“

„Ja? Mein Wund macht das. . . Und die Schuld an allem hat er. . . Früher war er Schneider, Tischler und pfuschte mit der Nadel. . . Er verdiente kaum das Wasser zu den Glauben. Da wurde er neibisch auf mich. Er sah, daß ich mich und meine fünf Kinder Gottlob ernähre. . . Was machte er? Er kaufte sich auch einen Korb. . . Was soll das?“ fragte ich hin. „Ein Korb!“ sagte er. „Was müßt du mit dem Korb?“ fragte ich. „Daselbe wie du,“ sagte er. „Was heißt das?“ fragte ich. „Das heißt,“ sagte er, „ich habe auch fünf Kinder, die essen wollen. . . Die wirst du nicht ernähren. . . Hat er nicht recht? . . Seitdem ging er mir auf Schritt und Tritt nach und schleppte mir alle Stunden fort. Den letzten Wiffen reißt er mir aus dem Mund! . . Er soll so in Stücke gerissen werden!“

Da fragte der Mann mit der blauen Brille, indem er und allen aus der Seele sprach:

„Warum klebt Ihr denn immer zusammen?“

Die Frau erhob ihre geschwollenen Augen zu ihm.

„Was sollen wir tun?“

„Ihr müßt Euch eine andere Bahnstation suchen! Die Strecke ist doch groß genug!“

„Ra und er!“

„Wer?“

„Mein Mann. . .“

„Was für ein Mann? Wessen Mann?“

„Mein zweiter Mann.“

„Ihr zweiter Mann? Was heißt das?“

„Das rote Gesicht der Frau rödete sich immer mehr. „Was das heißt? Er, dieser Schlemiehl. . . ist doch mein zweiter Mann. . . O, weh mir!“

Wie sprangen von unseren Plätzen auf.

„Euer Konkurrent ist Euer zweiter Mann?“

„Und was habt Ihr geglaubt? Mein erster? Hababa! Mein erster Mann — Liebe-sei mit ihm — wenn der gelebt hätte!“

begann die Frau mit singender Stimme, als ob sie die Lebensgeschichte ihres ersten Mannes erzählen wollte, wer er war, was er war. . .

Aber niemand hörte auf sie. Alle redeten, scherzten, lachten und lachten.

Wißt ihr vielleicht, worüber die Leute lachten?

Das Volksrecht auf Kunst.

Von Karl Helner

Die fordern die Sozialisierung und Popularisierung des Theaters und erheben damit eine Teilforderung, die nur zu erfüllen ist mit der Forderung nach dem Ganzen: nach geistiger und materieller Sozialisierung der Kunst überhaupt.

Kunst ist die Summe aller künstlerischen Werte aller Zeiten und aller Völker, die in irgendeiner Weise kulturfördernd gewirkt haben. Die Werke der Kunst sind die bleibenden, alle übrigen Formen und Wärdigkeiten überlebenden Momente auf dem Kulturlande der Menschheit.

Deshalb ist ihre Lebenskraft so unverwundlich, weil sie wie nichts, was sonst von Menschenhand geübt ist, so sehr der eigenen, strengen Gesetzmäßigkeit unterliegen, in freier Bewegung des einzelnen, d. h. in reicher und zweckmäßiger Verwendung seiner natürlichen Kräfte. Niemand bemüht sich die wunderbare Gleichgewichtslehre der bewegten Masse so streng und wirksam, so durchaus lebensschöpferisch bis ins kleinste Glied: so sozial wie im Kunstwerke. Der Organismus des Kunstwerkes als Vorbild für das Staatsgebäude und seine Haushaltung und Hausordnung: das ist das höchst erzieherische Moment der Kunst, wirksam in seinem unmittelbaren sinnlichen Eindruck auf den Beschauer. Darum beanspruchen die Werke der Kunst den vollen

Schutz der Gemeinamkeit. Bisher standen sie nicht unter dem Schutz des Staates — doch die finanziellen Interessen ihrer Schöpfer und noch viel mehr die der geschäftlichen Unternehmer wurden einseitig geschützt. Sie standen unter der Aufsicht des Staates, also im unfittlichsten Verhältnisse zu ihm. Heute flüchtet sich die Kunst aus staatlicher Schughast in den Schoß der Volksmittlerlichkeit. Will aus dem begnaden Geiste privater kapitalistischer Wohlthätigkeitsveranstaltungen, bei denen ein zahlungsfähiges Publikum, die Minorität willkürlicher snobistischer Klassenscheidung, notwendiges Uebel war, hinaus in das Reich der schönheitsdürstenden Massen. Will nicht mehr dem Verächte ästhetisch-opportunistischer Schulmeister unterworfen sein, sondern allein auf jene Volkstimme hören, die Gottesstimme ist!

Die Probleme und Aufgaben, die aus diesen Forderungen springen, sind so umfassend und zahlreich, daß hier nicht mehr gesehen kann, als auf eine unendliche Arbeitsleistung der neuen jungen Welt hingedeutet werden.

Ich möchte nur, im Anschlusse an die Forderung nach der Sozialisierung des Theaters, jene nach der Sozialisierung und Popularisierung der dramatisch-schöpferischen Kunst erheben; erhebe sie als Produzierender für alle meine wertvollen Brüder am ungestümsten: nach reistoffer, bedingungsloser Erfüllung. Und dazu ist uns die Sozialisierung unseres Instrumentes Theater Voraussetzung.

Der künstlerisch Schaffende gestaltet aus dem Chaos das Bild einer von ihm geordneten Welt. Er beansprucht zu diesem schweren Werke die volle Arbeitskraft seines Geistes und seiner Glieder. Denn er ist Schöpfer! Schaffen heißt, alles bringen, geben, schenken. Denn erst im Schenken hat das Bild seinen letzten Sinn. Und keiner hat solche Gebenmacht wie der dramatische Dichter: ihm steht das lebendige gesprochene Wort, die leibhaftige Geste in ihrer ganzen sinnlichen und geistigen Macht zur Verfügung. Seine Wirkungsmöglichkeiten sind ein Vielfaches der aller anderen Künste. Darum fordert er ein Theater, das nicht, nach Strindberg, nach dem Stierzeitel geordnet ist, sondern das demokratische Theater, das allen offen steht. Allen offen haben aber heißt: der Allgemeinheit dienen, ihr zur Verfügung haben wie Brot, Licht, Kraft, Wärme — als geistiges Lebensmittel. Das Recht auf Kunst für jeden ist zu konstituieren. Das Theater ist zu errichten als Tempel des heiligen Geistes, des einzigen Gottes der Menschheit. In diesem Tempel herrscht keine Hierarchie, gibt es keine begabten Vorgangsbeiführer, keinen Pomp und Kult, sondern dort wird Menschheitsdienst getan. Wir fordern die olympischen Spiele der Kunst!

Für die Volksmarine!

Der Antrag der Vertrauensräte der Garde-Kavallerie, der 1. und 2. Garde-Infanteriedivision ist in einer öffentlichen Erklärung gegen die Weiterverwendung der in Berlin befindlichen Marineabteilungen ausgesprochen. Er erblickt darin eine Verletzung der nach Berlin zurückgeführten Soldatenteile und verlangt daher die Zurückziehung der Marineabteilungen. In dieser Erklärung geht und folgt folgende Protestkundgebung zu:

Die im Kasino des Augusta-Garde-Regiments am 16. Dezember versammelten Soldatenräte folgender Regimenter: 1. Garde-Regiment Alexander, 2. Garde-Regiment August, 3. Garde-Regiment Franz, 4. 3. Garde-Regiment zu Fuß, 5. 1. Garde-Regiment Dragoner, 6. Garde-Regiment Kürassier beschließen einstimmig:

Mit feierlicher Stimme vor der Regierung Hert-Daase zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung, protestieren aber auf das energischste gegen die von reaktionärer Seite geplante Entsendung der Volksmarine-Division aus Berlin.

Die Kameraden der Marine sind die ersten Träger und Schützer der Revolution gewesen. Ihre Kameradschaft in Berlin ist deshalb unbedingt erforderlich.

Die Soldatenräte beantragen deshalb, daß die augenblicklich bestehende V. M. D. noch vergrößert wird.

Die Zeitung der Versammlung wird beauftragt, diese Entschliebung der nächsten Plenarsitzung der Groß-Berliner Soldatenräte als Dringlichkeitsantrag vorzulegen. Ferner sollen die Volksbeauftragten, der Volksjugendrat, die Stadtkommandantur, der Ober-Ausschuß davon in Kenntnis gesetzt werden.

Der Protest ist durchaus berechtigt. Wir möchten zum besseren Verständnis der eigenartigen Kundgebung der „Vertrauensräte“ der Gardeabteilungen aber noch bemerken, daß sich diese Räte aus den sogenannten Vertrauensmännern des vaterländischen Unterrichts zusammensetzen. Diese führen im Felde ein durchaus dunkles Dasein, sie hatten die Aufgabe, die Soldaten im Geiste des vaterländischen Unterrichts zu beeinflussen und zum Durchhalten anzuspornen. Sie sind also kein Gebilde der Revolution, sondern der Reaktion und haben diesfalls auch im Felde das Vertrauen der Kameraden nie besessen. Sie waren lediglich Vertrauensmänner der reaktionären Offiziere.

Gewerkschaftliches.

Zeitgemäße Forderungen.

In zwei überfüllten Betriebsversammlungen der Firma Schwarzkopff, an denen auch die Angehörigen teilnahmen, wurde Stellung genommen zur Sozialisierung der Gesellschaft, d. h. der menschlichen Gesellschaft und zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Ein Arbeiter der Firma, der Genosse Meig, der in beiden Versammlungen das einleitende Referat hielt, führte etwa folgendes aus: Nach dem Zusammenbruch des kapitalistisch-militärischen Weltwirtschafts, nach den endlosen Leiden dieses vierjährigen Krieges steht das deutsche Volk vor einer beispiellosen und ungeheuren Verarmung. Dieser Not zu begegnen, geht es um ein Ziel: Arbeit! Es sei daher die Pflicht jedes Menschen, zu arbeiten, und man müsse daher auch für Arbeitgeber die Arbeitspflicht fordern, um die Wirtschaft schnellstens wieder in Gang zu bringen. Dieser Gesichtspunkt könne sich niemand verschließen, auch nicht das Unternehmertum; aber die bisherige kapitalistische Produktionsweise sei ein Hindernis für die schnelle Umstellung der Betriebe auf Friedensarbeit, und selbst der einsichtigste Leiter einer kapitalistisch organisierten Alltagsgesellschaft läßt in diesen Tagen, vielleicht ohne sich dessen bewußt zu sein, passive Resistenz; dies läge aber am System, dies liegt daran, daß der einzige Impuls dieser bisherigen Wirtschaft, die Aussicht auf Profit nämlich, zur Zeit ausbleibe. Die Befürchtungen der Arbeiter, daß die derzeitigen Besitzer der Produktionsmittel nur mit Willkür und ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter heranzukommen, seien daher durchaus begründet, und es sei daher zu fordern, daß mit der Expropriation, d. h. der Ueberführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, sofort zu beginnen ist. Man müsse diese Forderung nicht so verstehen, daß die Ueberführung in Gemeineigentum von heute auf morgen erfolgen könne; das wäre natürlich blinder Unsinns, und man müsse sich darüber klar sein, daß nach menschlichen Ermessen vielleicht ein Zeitraum von Jahren dazu erforderlich ist. Man müsse sich darüber klar sein, daß Eingriffe in das Besitzrecht der Eigentümer von Produktionsmitteln nur insoweit zweckdienlich sein können, als dies den Interessen des ganzen Volkes entspricht, und unter diesem Gesichtspunkt, durch Arbeit Werte zu schaffen, müssen alle Glieder und alle Einrichtungen unseres Volkes zur Arbeit herangezogen werden, also auch die Arbeitgeber. Es wäre eine nette Weltanschauung, wenn ein Bauer seinen Acker deshalb brach liegen ließe, wenn ihm der Anbau von Feldfrüchten als nicht lohnend erschiene; der Bauer wäre wert, vom hungernden Volke gesteinigt zu werden. Ob nun ein Acker brach läge oder in der Industrie die Produktionsmittel, das wäre immer und ewig dieselbe schandwürdige Tat. Hier also habe der Beginn der Expropriation zu beginnen, hier müsse an Stelle der Aussicht auf Profit ein sozialer Impuls die passive Resistenz des Unternehmertums zerschlagen.

Die Versammlungen nahmen folgende Entschliebung an:

In Erwägung, daß das deutsche Volk keiner grenzenlosen Verarmung nur entziehen kann durch rastlose, unermüdete Arbeit, ist zu fordern die Arbeitspflicht für jeden Menschen.

Unternehmern, welche an einem amtlich festgesetzten Stichtage mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, dürfen diese nicht zur Entlassung bringen oder müssen, bei bereits erfolgter Entlassung, diese wieder einstellen.

Für land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind ähnliche, zweckmäßige Bestimmungen zu treffen.

Alle zum bürgerlichen Leben zurückkehrenden Soldaten sind auf ihr Verlangen bei demjenigen Unternehmer wieder einzustellen, wo sie zuletzt vor Krieg Einberufung tätig waren.

Die Entlohnung aller Arbeiter hat den ärztlichen Verhältnissen entsprechend und unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage gleichmäßig zu erfolgen.

Die Höhen der Entlohnung sind bei Arbeitsmangel im richtigen Verhältnis zur wirtschaftlichen Stärke des einzelnen proportional von den Beteiligten — diese sind: Arbeiter, Kommune, Staat und Unternehmer — zu tragen.

Die von der Arbeiterschaft gewählten Arbeiterräte erhalten sich und Stimme in Diktation und Aufsichtsrat der Großbetriebe.

Die Pflichten und Rechte der von den Arbeitern zu wählenden Betriebsräte sind dahin festzusetzen, daß sie in Beziehungen und

an Arbeitsplätzen für Ordnung, Sicherheit und Arbeitsamkeit die Verantwortung tragen.

Die Versammelten fordern die Regierung Hert-Daase auf, die bestehenden Leitsätze als Grundlage eines sofort zu erlassenden Gesetzes als Material zu übernehmen.

Diese Entschliebung wurde mit 6000 Stimmen einstimmig angenommen.

Eine Versammlung der Leitergerüstbauer, Kutscher und Plaharbeiter

Am Sonntag vormittag bei Heber in der Schreinerstraße. In der Einleitung hielt der Branchenleiter alle aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen herzlich willkommen. Den Toten zur Ehre erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Walter schloß dann die Lage der Revolution, daß das Fertige festzuhalten und fernerhin auszubauen, um die Saat als gute Frucht zu ernten.

In die Branchenleitung wurden einstimmig gewählt: als Vorsitzender Hermann Walter, Schriftführer: Paul Bahder, Schriftführer: Adolf Lengner.

In den Arbeiterrat wurde einstimmig der Kollege Oskar Bach gewählt. Zur Unterstützung wurden ihm P. Bahder und G. Gräneri zur Seite gestellt. Diese erhielten Auftrag, bei den Unternehmern zwecks Lohnerhöhung vorstellig zu werden. Für Plah- und Gerüstarbeiten forderten die Anwesenden 2,25 Mark pro Stunde für Gerüstbauer, 2,50 Mark für Plaher, rückwirkend ab 13. Dezember 1918. Fernerhin sind laut Besetzung der Regierung mit rückwirkender Kraft die nicht gezahlten Löhne für die beiden Revolutionstage nachzugahlen. Eine Forderung der Kutscher wurde nicht erhoben. Lohnreduzierungen dürfen nicht stattfinden. Die Maßnahmen der Zentralisation sind zu beachten.

In lebhafter Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Macht der Herren gebrochen und sich niemand mehr unter den schließenden Fittichen der Unternehmer verziehen könne. Seit Geburt der Organisation sei diese stets ein Dorn im Auge der Unternehmer gewesen. Voreingenommene Bestimmungsgewalt ständen keinerlei Personen noch Vorkleren der Branche zu. Ein solches Augenmerk haben die Vertrauensleute hierauf zu richten. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die Branche der Leitergerüstbauer vertritt den Standpunkt, daß Kollegen, die infolge des Wirtschaftskrisen ihre Verbandsbücher haben verfallen lassen, selbigen sofort wieder ins Leben zu setzen, mit der Forderung, daß sie keine neue Kartenzeit durchzumachen brauchen, mithin mit vollen Ansprüchen und Rechten aufzunehmen sind. Die Verwaltung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wird ersucht, keine Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Branchenleitung der L. G. V.

Mißglückter polnischer Streik.

Vom Aufklärungsrat in Oppeln wird mitgeteilt: Für den 16. Dezember war von polnischen Agitatoren ein neuer Streik angefangen worden, der diesmal politisch-politischer Natur sein sollte. Wie aus Katowitz gemeldet wird, sind alle Arbeiter Montag morgen ordnungsmäßig eingezogen. Selbst auf den Gruben, wo die Absicht zu bestehen schien, den gewissenlosen agitatorischen Forderungen Folge zu leisten, siegte der gesunde Sinn der Arbeiterschaft, und es wird überall gearbeitet.

Groß-Berlin.

Einigung in Neukölln.

In der Neuköllner Angelegenheit fand Montag Abend eine Besprechung statt. Es nahmen an ihr teil: der Minister des Innern Dr. Breisig, zwei Vertreter des Volksgesetz, der Neuköllner Bürgermeister Dr. Kann, Vertreter des A. und S. Rats Neukölln und Vertreter des Inf.-Regts. 64. Es wurde eine Einigung dahin erzielt: Inf.-Regt. 64 zieht seine Truppen in ihre Unterkünfte zurück. Der A. und S. Rat nimmt gegen das Versprechen der Regierung, bestimmte Fragen einer Lösung im Sinne der Arbeiterschaft zuzuführen, seine rechtswidrigen Verfügungen zurück und schreibt bis spätestens zum 6. Januar Neuwahlen zum A. und S. Rat auf Grund der Wahlordnung zu den Gewerbebetriebswahlen aus.

Zu den Vorgängen am Montag Abend wird uns noch berichtet:

Der Leiter des Polizeipräsidiums Genosse Köring, ging sofort nach der Sitzung des Volksgesetzschusses vom Rathaus zum Polizeipräsidium zurück. Er wurde indessen nicht hereingelassen und als er versuchte, in einem Laden zu telefonieren, sofort für verhaftet erklärt. Außer ihm wurden noch sechs im Polizeipräsidium anwesende Personen, die dort als Polizeikommissare zu tun hatten, verhaftet und entwaffnet.

Der Militärputsch war vorbereitet und zweifellos von Herrn Wittig vom Soldatenrat der 6ter hervorgerufen. Wittig erklärte noch eine Stunde vor dem Putsch: er wolle dem Neuköllner A. und S. Rat schon zeigen, was Diktatur heiße. Aufgefordert, einen rechtlichen Ausweis beizubringen, der ihn zu den ungehörigen Maßnahmen veranlasse, zeigte sie ein Schriftstück der 6ter, gezeichnet: Roglin, Frank. Im übrigen erklärten sie, im Sinne der gegenwärtigen Regierung zu handeln. Eine rechtliche Unterlage, zu ihren brutalen Maßnahmen konnten die Herren nicht vorweisen.

Im übrigen scheint die Neuköllner Bürgerwehr mit den 6tern Hand in Hand gehandelt zu haben. Während die 6ter das Rathaus und das Polizeipräsidium besetzten, wurde von der Bürgerwehr das Bureau der Unabhängigen Partei in der Redarstraße durchsucht und gleichzeitig das Postgebäude und alle öffentlichen Bauten besetzt. Erst auf energischen Protest einiger Mitglieder des A. und S. Rates und vor allen Dingen des Protestes einiger Mitglieder der Bürgerwehr wegen, ließ sich der Führer der Bürgerwehr Schulz herbei, dem A. und S. Rat in diesem Kampf gegen die unehrerlichen Gewaltmaßnahmen der 6ter beizustehen. Es gelang schließlich der Bürgerwehr, sämtliche besetzten Räume von den 6tern zu säubern und die Bureauräume wieder freizumachen.

Den ganzen Tag über waren 6ter und Bürgerwehr im Alarmzustand. Bewaffnete Truppen zogen in größeren Truppen von 2 Uhr nachmittags ab durch die Straßen. Durch die Herausforderung der bewaffneten Soldaten hatte sich schließlich eine große Menschenmenge gesammelt, die gegen dieses Gebaren starken Protest einlegte. Ein Trupp von jungen Soldaten hatte schon geladen und angelegt, um gegen das Publikum vorzugehen. Nur durch die Besonnenheit eines kognischgehenden Arbeiters gelang es, ein Blutbad zu verhindern.

Die Neuköllner Arbeiterschaft wird selbstverständlich durch diese Herausforderung zum Bürgerkrieg und gegen die unerhörten Gewalttätigkeiten einer kleinen Gruppe von Soldaten energischen Protest einlegen und Nachsicht von jenen Leuten fordern, die die Urheber zu diesem Militärputsch gewesen sind.

Gegen Abend erschien Polizeipräsident Eichhorn und gab der Bürgerwehr sofort Anweisung für ihr weiteres Verhalten.

Mißstände bei der republikanischen Soldatenwehr.

Die dienstfreien Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr aus sämtlichen Depots hielten in den Germaniahäusern eine Versammlung ab, um zu verschiedenen bei der Wehr noch bestehenden Mißständen Stellung zu nehmen. In einem einleitenden Referat über „Unsere Rechte und Pflichten in der Soldatenwehr“ gab der Referent, Kamerad A. Grünberg, u. a. auch das Verstummen der Kameraden kund, daß mit einem Male die S. Räte von verschiedenen der neuen Machthaber, die den S. Räten nur ihre Nachstellung verdanken, mit wenig liebevollen Blicken gemustert werden. Es sei z. B. eine feilschende Tailade, daß der Herr Kommandant Weis erkannt darüber war, daß in der republikanischen Soldatenwehr S. Räte vorhanden seien; dieselben sollten in der Kommandantur nicht anerkannt werden. (Hoch! Hoch!)

Darauf ging der Redner auf die Verpflegungsverhältnisse in der Soldatenwehr über. So sollen z. B. die unberbeiteten, sowie die in den Vororten wohnenden Kameraden an der Renage teilnehmen und im Kasernement schlafen; hierfür sollen ihnen 5 Mark pro Tag in Anrechnung gebracht werden. Es sei aber einwandfrei festgestellt worden, daß die tägliche Verpflegung nur 2,00 Mark wert ist. Auch die überaus lange Dienzeit von 24 bis 30 Stunden kritisiert der Redner, besonders da der Mann, der nicht an der Renage teilnimmt, während dieser Zeit mit 300 Gramm Brot auskommen müsse. Ferner wurde die geringe Entlohnung, 11 Mark pro Tag, als ungenügend bei den heutigen Verhältnissen erklärt, nachdem jetzt auch die Familienunterstützungen bei den verheirateten Kameraden in Fortfall kommen. Beschwerden über diese Mißstände seien bisher erfolglos gewesen, ein Major Weber habe die Beschwerdeführer unter Hinweis auf die herrschende Arbeitslosigkeit sogar mit Entlassung bedroht. (Huzare!)

Weber bewachte dann die republikanische Soldatenwehr noch gegen den Vorwurf, Nachzügler des Kapitals zu sein. Aus diesem Grunde müßte sie aber auch Vorgehens haben, die ihr Vertrauen genießen, damit die Wehr nicht für reaktionäre Zwecke mißbraucht werde.

Es wurde daraufhin nachstehende Resolution, die der Kommandantur überwiesen wurde, einstimmig angenommen:

„Die am 12. d. M. in den Germaniahäusern versammelten Kameraden aller 18 Depots erklären: daß sie einmütig und geschlossen hinter dem Volksgesetz und der Regierung stehen, erwarten aber auch, daß allen reaktionären Treibern mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten wird.“

Wir fordern sofortige schriftliche Freilassung des Dienstvertrages unter Hinzuziehung unserer Vertreter. Unsere Vertreter sind die von uns gewählten S. Räte, hinter denen die gesamte Soldatenwehr geschlossen steht. Wir protestieren energisch gegen das reaktionäre Gebaren einzelner Depotführer, die sich dabei auf die Kommandantur berufen, wonach die S. Räte verboten und unterdrückt werden sollen. Wir lassen uns unser durch die Revolution erkämpftes Recht nicht durch Leute, die seit dem 9. November nicht zugestimmt haben, nehmen und fordern dieselben auf, von ihren Posten zurückzutreten.“

In der letzten Sitzung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin hat das Projekt der Wohnungsreform in Berlin-Lichtenberg nach den Plänen des bekannten Professors Peter Behrens höchste Zustimmung gefunden. Die Uebernahme des Ueberbauvereins durch 120 Wohnungen (Einkaufshäuser mit Gartenland), die zunächst hergestellt werden sollen, im Betrage von 1781 400 Mark ist seitens des Wohnungsverbandes garantiert worden, so daß nunmehr auch in dieser Hinsicht die finanzielle Fundierung des Unternehmens sichergestellt ist. Mit Rücksicht auf die Wohnungsnot und die dringende Vergebung von Bauplanarbeiten sind die Arbeiter für die Behebung bereits benannt worden, so daß eine baldige Fertigstellung der Bauten gesichert werden kann. Der Wohnungsverband hat jener auch die Ueberbauvereinsarbeiten für das Lichtenberger Kleinwohnungsprojekt an der Siegfried- und Botanische übernommen, dessen Finanzierung unter Leitung des Stadtbauamts unter Hinzuziehung des Stadtbauamts erfolgt.

Die Vorbereitungen für die Wahlen zur Nationalversammlung sind beim Magistrat Charlottenburg in vollem Gange und müssen mit Rücksicht darauf, daß der Termin der Wahl voraussichtlich früher gelegt werden wird, mit einer Beschleunigung durchgeführt werden, die alle Kräfte des Wahlamts bis zum Neuesten in Anspruch nimmt. Es hat sich leider gezeigt, daß die Hauslisten, in die in jedem Hause die Wahlfähigen eingetragen waren, nicht vollständig eingelaufen sind, trotzdem der Magistrat wiederholt dringend ersucht hatte, zur Sicherung der Wahlrecht darauf zu achten, daß bis zum 6. Dezember 1918 jeder sich eingetragen hatte. Aus einer Reihe von Grundstücken fehlen heute noch die Hauslisten. Die Hausbesitzer sowohl wie alle Wahlfähigen bitten der Magistrat dringend, dafür zu sorgen, daß die Hauslisten, die noch nicht abgefordert sind, umgehend dem Magistrat, Zimmer 146, zugehändigt werden.

Die Kunstausstellung für Anstellungswesen, Abteilung des Vereins für ländliche Wohlhabende und Heimatspflege, Berlin SW 11, Bernburger Str. 13, errichtete jedoch in der von Geheimrat Dr. Friedrich Seuffert geleiteten Ausstellung „Soziale Kunstausstellung“ in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten in Berlin eine Nebenstelle, die täglich von 11—1 und von 3—5 Uhr geöffnet ist und in der unentgeltlich Kunststoffe über die Seidlungsangelegenheiten und Bedingungen in den einzelnen Landesteilen erteilt wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Rosenthal teilt mit: Wir bitten um Aufnahme folgender Stellen: Der Arbeiter- und Soldatenrat weist darauf hin, daß Eltern, welche ihre Kinder nicht mehr am Religionsunterricht in der Schule teilnehmen lassen wollen, dies schriftlich in möglichst kurzer Fassung dem Klassenlehrer anzeigen müssen. Um Zeitverlust zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß für die dann ausfallende Religionsstunde in einem anderen Fach Unterricht erteilt wird.

Zu dem Generalversammlungsbericht erklärt Genosse Viehwang, er habe nicht gesagt, „das jetzige Deutschland kann nur durch die Reichsregierung gerettet werden“, sondern es könne auch durch die „Materfamilias“ usw. heißen.

Polizei-Präsident Gen. C. Eichhorn spricht heute Abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, über: „Das neue Deutschland“. Arbeiter, Soldaten, erscheint in Massen!

Aus aller Welt.

Millionenschleubungen von Heeresgut.

Der militärisch-polizeiliche Nach- und Abschub-Heeresverwaltungsstelle Osnabrück ist es gelungen, Heeresgüter im Wert von etwa einer Million Mark, die auf dem Wege des Schiffsverkehrs verschwinden sollten, für die Allgemeinheit zu retten. Ein Beamtenstellvertreter und zwei Grenadiere einer aus dem Reich zurückgekehrten Divisionenartillerie haben mit Hilfe geliehener Papiere die ihnen anvertrauten mit Kartendruck-Verfahren besetzten Waggons verkauft, um den Erlös für sich zu behalten. Der genannte Dienststelle gelang es, im letzten Augenblick den größten Teil der Waren zu beschlagnahmen und der Heeresverwaltung wieder zuzuführen. Auch das aus dem Erlös bereits verlorne Geld wurde durch die Schieber der Staatskasse übergeben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Westphal, Berlin-Wilmersdorf, Deutscher Verlags- und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schiffbauerdamm 10.